

Wirtschaftslage Mittelstand in Österreich

■ Herbst 2022

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

Creditreform 

INHALT

SEITE

1	Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand	1
2	Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen	6
	2.1 Auftragseingänge	6
	2.2 Angebotspreise	9
	2.3 Umsatzentwicklung	12
	2.4 Personalsituation	15
	2.5 Investitionen	18
3	Die Finanzierung des Mittelstandes	20
	3.1 Erträge	20
	3.2 Eigenkapitalsituation	23
	3.3 Insolvenzen im Mittelstand	25
	3.4 Zahlungsweise der Kunden	26
4	Wirtschaftspolitische Fokus: Kreditentwicklungen und Finanzierungsbedingungen	28
5	Zusammenfassung	31
6	Basis der Untersuchung	34

■ 1 Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand

Seit dem Frühjahr haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft erheblich verschlechtert. Vor allem die Energiepreissteigerungen belasten Unternehmen wie auch private Haushalte immer stärker. Die deutlich gestiegenen Kosten bei den Unternehmen treffen mit einer zunehmenden Verbraucherzurückhaltung zusammen. Die historisch hohe Inflationsrate von aktuell rund 10 Prozent, ausgelöst durch angebotsseitige „Preisschocks“, schürt die Angst vor Wohlstandseinbußen und verunsichert die Verbraucher. Entsprechend ist die Wahrscheinlichkeit für eine Konjunkturabschwächung zuletzt gestiegen.

Zu Beginn des Jahres hatte sich die Wirtschaftsleistung Österreichs (BIP) noch spürbar belebt (1. Quartal 2022: plus 10 Prozent; 2. Quartal: plus 6 Prozent), wie das Austrian Recovery Barometer von Statistik Austria ermittelt hat. Nach der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen war der Geschäftsmotor in vielen betroffenen Branchen zunächst wieder angesprungen.

Die wirtschaftliche Erholung, die im 1. Halbjahr 2022 zu registrieren war, dürfte sich im weiteren Jahresverlauf aber nicht fortsetzen. Die Inflationstendenzen werden aller Voraussicht nach bis ins kommende Jahr anhalten, da die Ursachen für den Preisschub weiter bestehen. Aktuell ist keine Abmilderung der Preissteigerungen erkennbar. Im Gegenteil: Zu befürchten ist eher eine weitere Eskalation der Lage.

Auch die mittelständische Wirtschaft spürt bereits die Auswirkungen der Energiekrise. Im Herbst 2022 verlor das Creditreform Klimabarometer für die mittelständische Wirtschaft weiter an Boden und liegt mit plus 7,4 Punkten deutlich unter dem Vorjahresstand (plus 20,8 Punkte). Die wirtschaftliche Lage wird von den befragten Unternehmen also nicht mehr so günstig eingeschätzt wie vor einem Jahr. Begonnen hatte die Abschwächung des

Wirtschaftseinbruch wird wahrscheinlicher

Konjunkturindikator im Mittelstand signalisiert Abschwächung

mittelständischen Klimabarometers bereits im Frühjahr mit dem Krieg in Osteuropa.

Tab. 1: Creditreform Klimabarometer¹

	Klimabarometer		
	Herbst 2022	Frühjahr 2022	Herbst 2021
Verarb. Gewerbe	7,2	18,4	17,8
Baugewerbe	14,1	24,9	30,7
Handel	- 0,2	6,9	19,8
Dienstleistungen	10,8	7,5	18,5
Gesamt	7,4	12,3	20,8

Angaben in Indexpunkten

**Handel rutscht schon in die
Rezession**

In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen hat sich die Stimmungslage im Vergleich zum Vorjahr stark eingetrübt. Deutlich negativer als zuletzt wird die Geschäftslage im Handelssektor eingeschätzt. Das Konjunkturbarometer für diesen Wirtschaftsbereich drehte in den Minusbereich (minus 0,2 Punkte), nachdem die Unternehmen vor einem Jahr ihre Geschäftsentwicklung noch überwiegend positiv bewertet hatten (plus 19,8 Punkte). Auch im Frühjahr war die Stimmungslage im Handel noch besser als derzeit (plus 6,9 Punkte).

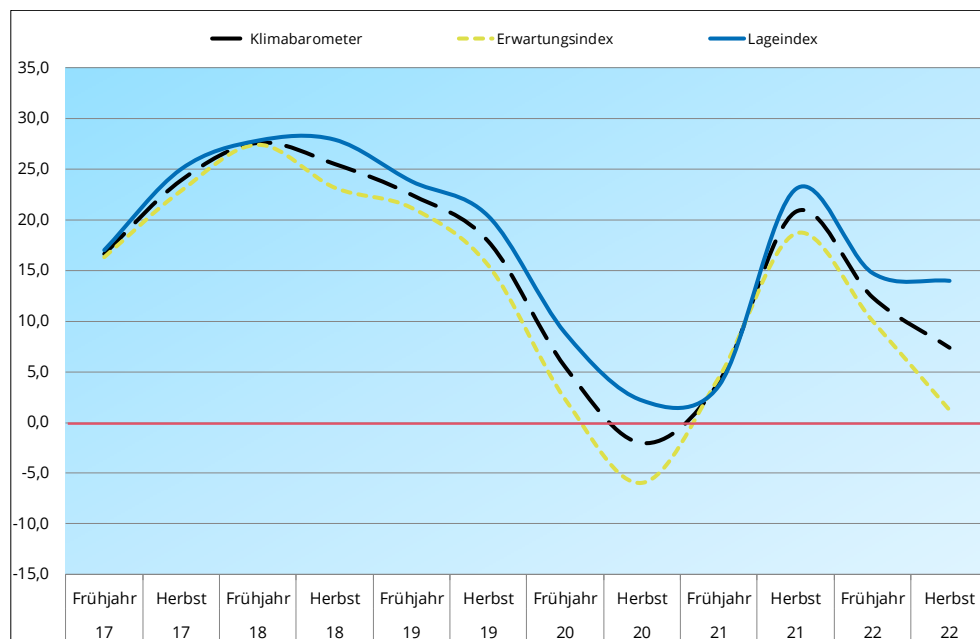
Lange Zeit war die Konjunktur im mittelständisch geprägten Baugewerbe stabil. Nun scheint die Krise auch das Baugewerbe zu erfassen. Mit plus 14,1 Punkten verlor das Klimabarometer etwa die Hälfte des Vorjahreswertes (plus 30,7 Punkte). Neben steigenden Beschaffungspreisen und Materialmangel dürfte sich die Baukonjunktur zunehmend abschwächen.

¹ Das Creditreform Klimabarometer basiert auf einer Umfrage unter mittelständischen Betrieben in Österreich. Der Index setzt sich zusammen aus den Einschätzungen der Befragten zum eigenen Betrieb, zur eigenen Branche sowie zur konjunkturellen Lage allgemein. Dabei fließen in die Gesamtbewertung des Konjunkturklimas sowohl die Äußerungen zur aktuellen Lage als auch zur zukünftigen Entwicklung ein. Aus den positiven und negativen Antworten werden jeweils Salden gebildet, die wiederum die Berechnungsgrundlage für den Gesamtindex bilden. Das Klimabarometer zielt in erster Linie auf die Stimmung im Mittelstand ab. Dagegen wird in Abschnitt 2 gezielt auf die Entwicklung von Umsatzzahlen, Auftragseingängen und der Personalsituation eingegangen.

Im Verarbeitenden Gewerbe rutschte der Konjunkturindex von plus 17,8 Punkten im Vorjahr auf aktuell plus 7,2 Punkte. Der Aufschwung nach dem Corona-Tief war demzufolge lediglich von kurzer Dauer, die konjunkturelle Dynamik hat sich in den letzten Monaten bereits wieder abgeschwächt.

Mit plus 10,8 Punkten zeigt sich das Klimabarometer im Dienstleistungssektor etwas stabiler als im Frühjahr (plus 7,5 Punkte). Gleichwohl bleibt der aktuelle Wert hinter dem Vorjahresstand zurück (Herbst 2021: plus 18,5 Punkte) und auch die Dienstleistungsbranche scheint von der Konjunkturabschwächung nicht verschont worden zu sein.

Klimabarometer Gesamtwirtschaft



Der Verlauf des mittelständischen Klimabarometers (inkl. seiner Teilkomponenten „Lage“ und „Erwartungen“) zeigt aktuell eine klare Abschwächungstendenz. Die wieder verbesserte Wirtschaftslage nach dem Absturz im Corona-Krisenjahr 2020 war somit nur von kurzer Dauer. Aktuell überschattet die Energiepreiskrise die Konjunktur und dämpft deutlich die Wirtschaftslage und Erwartungen im Mittelstand. Dabei

Negative Erwartungen belasten das Konjunkturbarometer

sind es vor allem die eingetrübten Geschäftserwartungen die den Rückgang des Klimabarometers forcieren.

Tab. 2: Lageindex

	Lageindex		
	Herbst 2022	Frühjahr 2022	Herbst 2021
Verarb. Gewerbe	12,1	22,0	19,5
Baugewerbe	24,9	30,6	34,1
Handel	5,5	8,5	22,9
Dienstleistungen	17,3	8,4	19,5
Gesamt	14,0	14,7	23,1

Angaben in Indexpunkten

*Geschäftslage noch positiv,
aber eingetrübt*

Zunächst ein Blick auf die Lageeinschätzungen im österreichischen Mittelstand in diesem Herbst: Demnach wird die Geschäftslage in drei von vier Wirtschaftsbereichen negativer eingeschätzt als im Frühjahr. Diese Entwicklung ist offenbar unmittelbare Folge der sich verschlechternden konjunkturellen Rahmenbedingungen. Der Geschäftslageindex im Mittelstand bleibt mit plus 14,0 Punkten damit klar hinter dem Vorjahresstand (plus 23,1 Punkte) zurück. Auch im Vergleich zum Frühjahr ist eine Abschwächung erkennbar. Gleichwohl war der Trend zuletzt uneinheitlich.

So verbesserte sich der Geschäftslageindex im Dienstleistungsgewerbe im Vergleich zum Frühjahr von plus 8,4 auf plus 17,3 Punkte und liegt damit nur wenige Zähler unter dem Vorjahresstand (plus 19,5 Punkte). Der Aufholeffekt nach der Corona-Zeit hatte die Lage über den Sommer verbessert.

Anders dagegen die Entwicklung im Handel: Hier hatte sich der Lageindex bereits im Frühjahr massiv abgeschwächt. Der Rückgang hat sich zuletzt fortgesetzt. Noch wird die Geschäftslage im Handel knapp positiv eingeschätzt (Lageindex: plus 5,5 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahresniveau (plus 22,9 Punkte) ist der Handel aber deutlich negativ gestimmt. Im Verarbeitenden Gewerbe hat der Frühljahrsaufschwung nicht lange gehalten. Der Geschäftslageindex bleibt

hier mit plus 12,1 Punkten fast 10 Zähler hinter dem Frühjahrswert (plus 22,0 Punkte) zurück.

Am besten wird die Geschäftslage erneut von den Unternehmen aus dem Baugewerbe beschrieben (Lageindex im Herbst 2022: plus 24,9 Punkte. Auch das Baugewerbe spürt bereits die Folgen der Energiekrise. So wurde die Geschäftslage im Frühjahr 2022 und im Herbst 2021 noch merklich besser eingeschätzt.

Tab. 3: Erwartungsindex

	Erwartungsindex		
	Herbst 2022	Frühjahr 2022	Herbst 2021
Verarb. Gewerbe	2,6	14,9	16,1
Baugewerbe	4,2	19,5	27,3
Handel	- 5,5	5,3	16,8
Dienstleistungen	4,7	6,6	17,5
Gesamt	1,2	10,0	18,7

Angaben in Indexpunkten

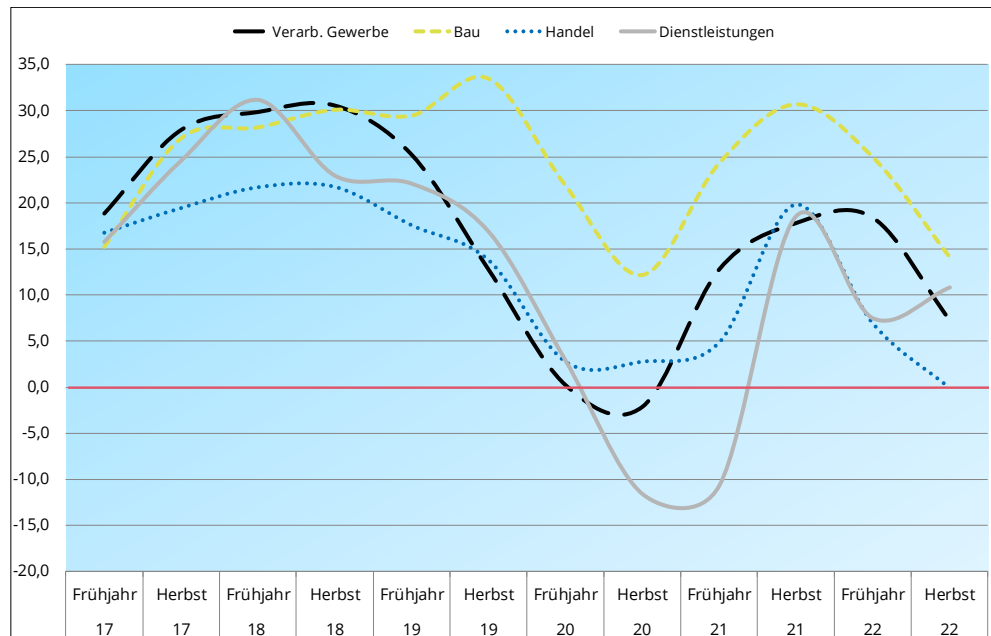
Wie schätzen die Unternehmen nun die weitere Entwicklung ein? Der Trend ist eindeutig: Rekordinflation und Rezessionsorgen haben die Konjunkturerwartungen im Mittelstand einbrechen lassen. Am pessimistischsten äußerte sich der Handel. Der Erwartungsindex in diesem Wirtschaftssektor rutschte mit minus 5,5 Punkten in den negativen Bereich (Vorjahr: plus 16,8 Punkte). Im Mittelstand insgesamt notiert der Index der Geschäftserwartungen noch bei plus 1,2 Punkten – nach plus 18,7 Punkten im Vorjahr. Bereits im Frühjahr hatten sich die mittelständischen Unternehmen zurückhaltend zur weiteren Geschäftsentwicklung geäußert. Dieser Negativtrend hat sich verstärkt.

Konjunkturerwartungen immer pessimistischer

Die Abschwächung der Geschäftserwartungen zieht sich durch alle Wirtschaftsbereiche. Deutlich eingetrübt haben sich die Prognosen auch im mittelständischen Baugewerbe. Der Erwartungsindex liegt hier nur noch bei plus 4,2 Punkten. Die Bauwirtschaft war im Vorjahr sehr optimistisch (plus 27,3 Punkte). Diese

Zuversicht ist mittlerweile fast gänzlich abhandengekommen. Damit dürfte ein wichtiger Stabilitätsanker für die Mittelstandskonjunktur wegfallen.

Klimabarometer Hauptwirtschaftsbereiche



Die Verlaufsgrafik zeigt das Klimabarometer der vier Hauptwirtschaftsbereiche. Deutlich erkennbar ist der aktuelle Abwärtstrend mit Ausnahme der Dienstleistungsbranche. Der Vorjahresstand aus dem Herbst 2021 wird aber auch in diesem Wirtschaftsbereich nicht mehr erreicht. Im Handel ist das Geschäftsklima schlechter als während der Corona-Beschränkungen 2020. Abwärtsgerichtet ist das Konjunkturklima auch im Verarbeitenden Gewerbe. Mehr noch: Das Vor-Corona-Niveau bleibt in weiter Ferne.

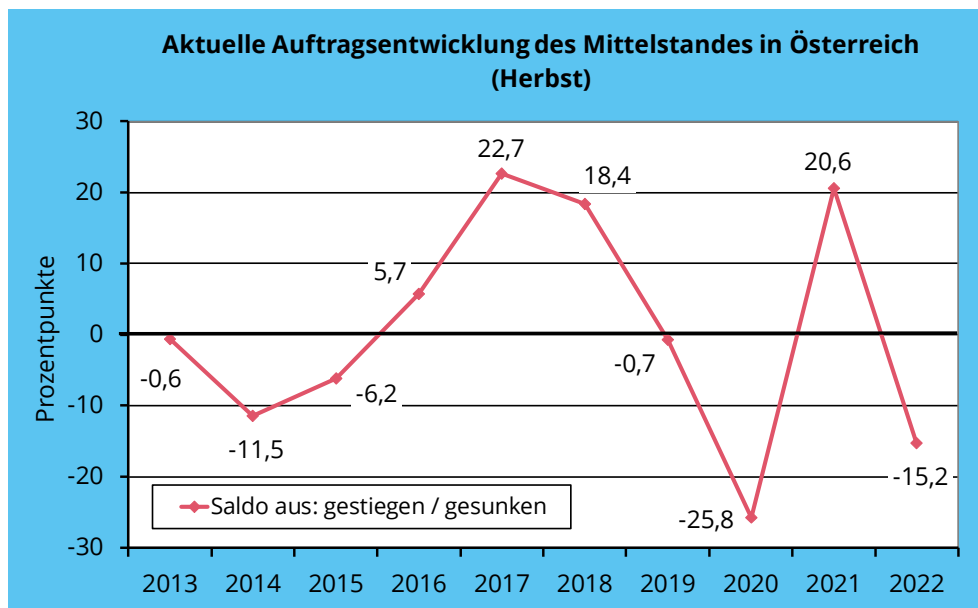
■ 2 Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen

2.1 Auftragseingänge

Die Auftragslage der mittelständischen Unternehmen zeigt deutliche Symptome der Verwerfungen auf den Energiemärkten. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Auftragseingängen liegt klar im negativen Bereich (minus 15,2 Punkte). Mehrheitlich wurden von den Befragten demnach Auftragsrückgänge gemeldet. Noch im Vorjahr hatte der Saldo der

Auftragslage schon wieder verschlechtert

Auftragseingänge bei plus 20,6 Punkte gelegen. Damals hatte sich die Auftragslage nach der Corona-Krise gerade erholt. Dieser Effekt ist nun wieder verpufft. Aktuell berichteten 19,4 Prozent der Befragten (Vorjahr: 37,5 Prozent) über ein Auftragsplus. Auftragsrückgänge verzeichnete jeder dritte Befragte (34,6 Prozent), nachdem es im Vorjahr nur 16,9 Prozent waren.



Tab. 4: Auftragseingänge

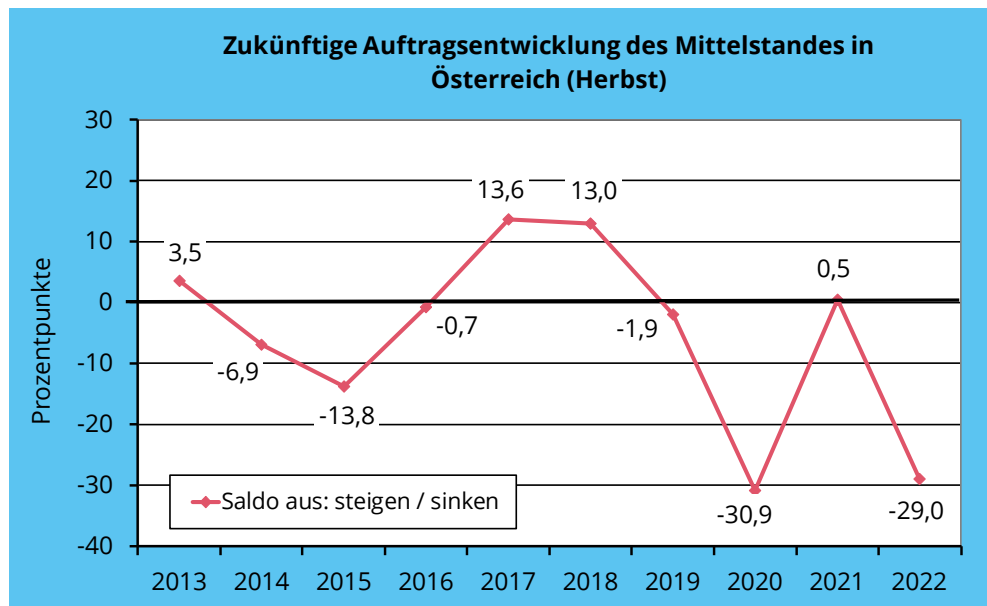
■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	21,8 (36,0)	43,6 (39,3)	29,7 (19,1)
Baugewerbe	16,7 (39,7)	44,4 (41,1)	34,7 (13,7)
Handel	14,1 (31,4)	35,9 (39,4)	47,7 (21,2)
Dienstleistungen	23,8 (43,6)	46,9 (35,3)	26,5 (12,8)
Gesamt	19,4 (37,5)	42,6 (38,4)	34,6 (16,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Auftragseinbrüche gab es vor allem im Handel. Nahezu jeder zweite Befragte (47,7 Prozent) meldete hier weniger Aufträge und nur jedes siebte Unternehmen (14,1 Prozent) verbuchte ein Auftragsplus. Im Vorjahr wurde die Auftragslage in diesem Wirtschaftsbereich noch deutlich positiver beschrieben. Damals hatten 31,4 Prozent der Befragten Zuwächse gemeldet.

Erhebliche Auftragseinbußen nennt auch das Baugewerbe. Etwas mehr als jeder dritte Befragte (34,7 Prozent) war betroffen – im Vorjahr waren es nur 13,7 Prozent der Unternehmen. Auftragssteigerungen verbuchte jeder sechste Befragte (16,7 Prozent), nachdem es im Vorjahr noch 39,7 Prozent waren.

Auch das Verarbeitende Gewerbe als eher exportorientierter Sektor und das Dienstleistungsgewerbe als binnenwirtschaftliche Komponente meldeten vermehrt eine rückläufige Auftragslage. Aktuell dürfte damit kein Wirtschaftsbereich der Mittelstandskonjunktur Stabilität verleihen.



Verschlechterung der Auftragslage erwartet

Angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird sich die Auftragslage im Mittelstand in den kommenden Monaten wohl weiter verschlechtern (vgl. Abbildung). Der Saldo aus steigenden und sinkenden Auftragserwartungen liegt derzeit mit minus 29,0 Punkten ähnlich niedrig wie zuletzt im Corona-Jahr 2020 (minus 30,9 Punkte). Lediglich 11,4 Prozent der Befragten rechnen zukünftig mit steigenden Auftragseingängen. Im Vorjahr waren es noch 18,8 Prozent. Der Anteil der Unternehmen, die Auftragseinbußen befürchten, ist von 18,3 Prozent im Vorjahr auf 40,4 Prozent hochgeschwollen.

Alle Wirtschaftssektoren sind pessimistisch beim Blick auf die nächsten Monate. Von einem rückläufigen Auftragsgeschehen gehen beispielsweise im Baugewerbe 43,1 Prozent der Befragten aus – im Handel sind es sogar 44,5 Prozent, die eine Verschlechterung erwarten. In beiden Fällen hat sich der Anteil der Pessimisten damit deutlich erhöht. Gleichzeitig rechnen nur wenige Unternehmen (Baugewerbe: 6,9 Prozent; Handel: 10,9 Prozent) mit steigenden Aufträgen. Auch das Verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor äußerten sich mehrheitlich pessimistisch zur Auftragslage in den kommenden Monaten. So stieg hier der Anteil der Unternehmen, die Auftragseinbußen befürchten, binnen Jahresfrist von 14,3 auf 37,4 Prozent (Dienstleistungsgewerbe) bzw. von 21,3 auf 37,6 Prozent (Verarbeitendes Gewerbe).

Tab. 5: Auftragserwartungen

■	steigen	stabil bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	10,9 (15,7)	49,5 (50,6)	37,6 (21,3)
Baugewerbe	6,9 (17,8)	47,2 (54,8)	43,1 (16,4)
Handel	10,9 (18,2)	39,8 (42,3)	44,5 (21,2)
Dienstleistungen	14,3 (21,8)	44,2 (46,6)	37,4 (14,3)
Gesamt	11,4 (18,8)	44,6 (47,5)	40,4 (18,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

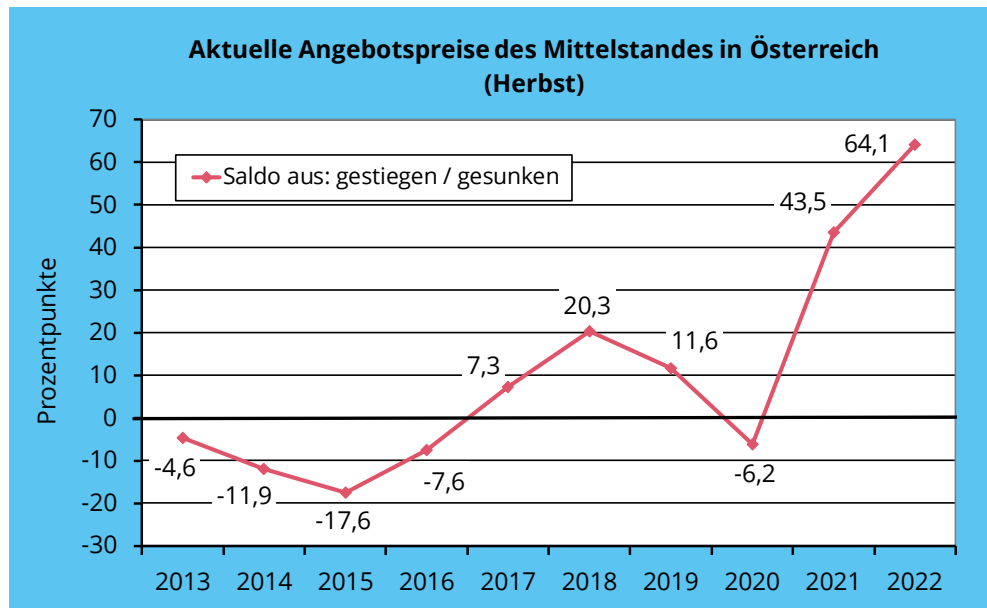
2.2 Angebotspreise

Die massiv gestiegenen Beschaffungspreise veranlassten die mittelständischen Unternehmen ihrerseits zu Preiserhöhungen. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Angebotspreisen stieg auf ein Rekordhoch von plus 64,1 Prozentpunkten. Zwei Drittel der befragten Unternehmen (67,9 Prozent) haben zuletzt die Angebotspreise erhöht. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 47,2 Prozent. Damit hat sich die Dynamik der Inflation zuletzt weiter verstärkt.

Angebotsseitige Preiserhöhungen gab es verstärkt im Baugewerbe (76,4 Prozent der Befragten) und im

Mittelstand erhöht die Preise

Handel (75,8 Prozent). Damit stiegen die Angebotspreise insbesondere in Bereichen, in denen schon im Vorjahr die Preise angezogen hatten. Auch das Verarbeitende Gewerbe war zu Preiserhöhungen gezwungen. Fast 70 Prozent der befragten Unternehmen mussten hier höhere Preise verlangen. Etwas zurückhaltender in der Preisgestaltung waren die Dienstleister (gestiegene Preise: 55,8 Prozent).



Tab. 6: Angebotspreise

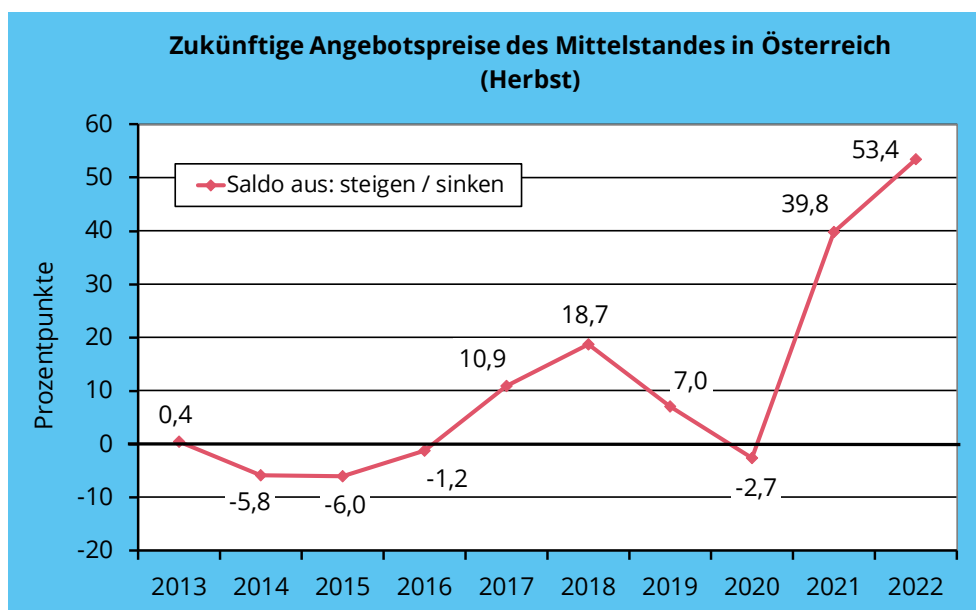
■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	69,3 (50,6)	21,8 (32,6)	4,0 (5,6)
Baugewerbe	76,4 (56,2)	16,7 (31,5)	4,2 (2,7)
Handel	75,8 (60,6)	11,7 (29,2)	5,5 (2,9)
Dienstleistungen	55,8 (26,3)	34,7 (60,2)	2,0 (3,8)
Gesamt	67,9 (47,2)	22,3 (39,8)	3,8 (3,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Kein Ende der Teuerung in Sicht

Mit einem raschen Ende der Preissteigerungen ist nicht zu rechnen. Die mittelständischen Unternehmen werden die steigenden Kosten – wie z. B. bei der Energie – trotz möglicher staatlicher Entlastungspakete an die Kunden weitergeben müssen. So erhöht sich der Saldo aus zukünftig steigenden und sinkenden Preiserwartungen von plus 39,8 auf plus 53,4 Prozentpunkte. Das ist ein absoluter Höchstwert der letzten Jahre und verdeutlicht die aktuelle Ausnahmesituation.

59,2 Prozent der Befragten haben aktuell angekündigt, die Preise zu erhöhen – im Herbst 2021 wollten 44,7 Prozent der Unternehmen Preiserhöhungen vornehmen. Die damals geplanten Preisanhebungen hatten ihre Ursache noch weitgehend in den Nachwirkungen der Corona-Krise, wie Lieferengpässen und Materialverknappung. Aktuell kommen die massiven Energiekostensteigerungen als weiterer Faktor hinzu.



Der Mittelstand dürfte die Angebotspreise auf breiter Front erhöhen. Überdurchschnittlich häufig wurden Preissteigerungen von den Unternehmen aus dem Dienstleistungsgewerbe angekündigt (63,9 Prozent der Befragten), gefolgt vom Handel (59,4 Prozent). Gleichzeitig hat fast jedes zehnte Handelsunternehmen (9,4 Prozent) Preissenkungen geplant, um die Kunden nicht vollends zu verprellen. Angesichts der steigenden Kosten verdeutlicht das die schwierige Situation der Branche.

Tab. 7: Zukünftige Angebotspreise

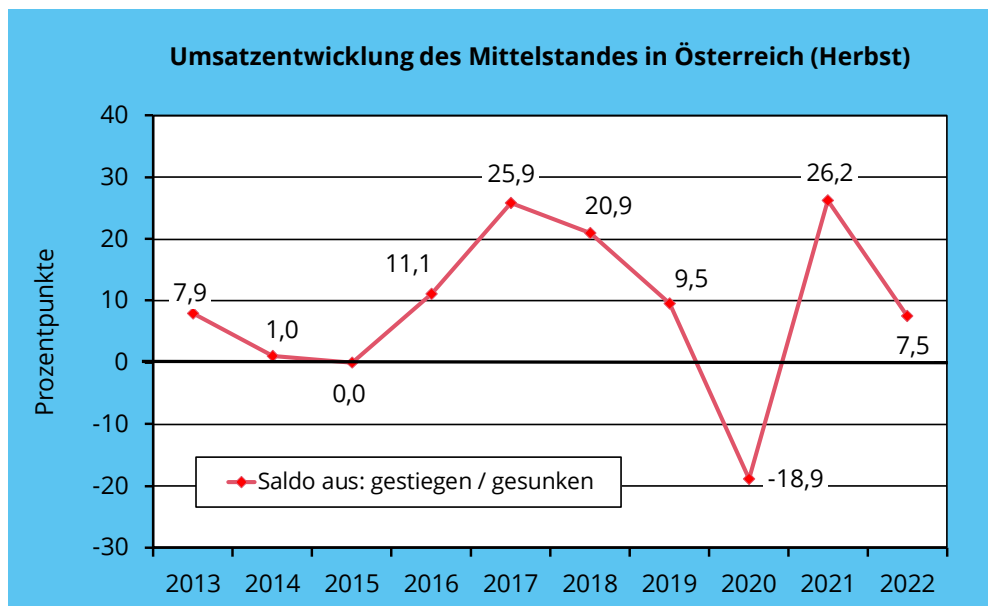
■	steigen	gleich bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	58,4 (46,1)	28,7 (33,7)	4,0 (6,7)
Baugewerbe	50,0 (54,8)	36,1 (30,1)	6,9 (4,1)
Handel	59,4 (43,8)	28,1 (30,7)	9,4 (5,1)
Dienstleistungen	63,9 (39,1)	29,9 (41,4)	3,4 (3,8)
Gesamt	59,2 (44,7)	30,1 (34,5)	5,8 (4,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.3 Umsatzentwicklung

Umsatzwachstum ausgebremst

Die Umsätze der österreichischen Mittelständler stiegen in den zurückliegenden Monaten nur verhalten. Ein Umsatzplus meldete jeder dritte Befragte (32,1 Prozent), während jeder vierte (24,6 Prozent) über Umsatzeinbußen klagte. Im Herbst 2021 hatte der Mittelstand die Umsatzlage noch deutlich positiver beurteilt. Damals verbuchten 40,3 Prozent der Betriebe ein Umsatzplus. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsatzmeldungen knickte daraufhin auf aktuell plus 7,5 Punkte ein.



Deutliche Einschnitte beim Umsatz verzeichnete der Handel. 35,2 Prozent der Befragten meldeten hier Rückgänge. Das ist ein erheblich höherer Wert als im Vorjahr (20,4 Prozent). Gleichzeitig konnten nur 28,9

Prozent der Unternehmen steigende Umsätze melden (Herbst 2021: 38,0 Prozent).

In den übrigen Wirtschaftsbereichen überwiegt weiterhin der Anteil der Unternehmen, die ein Umsatzplus erzielten. So berichteten 34,7 Prozent der Dienstleister von Umsatzsteigerungen, im Baugewerbe waren es 33,3 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe 31,7 Prozent. Die Vorjahreswerte wurden aber nirgends wieder erreicht. Zugleich hatten immer mehr Unternehmen Umsatzeinbußen zu verkraften. Im Verarbeitenden Gewerbe waren beispielsweise 22,8 Prozent der Unternehmen betroffen – gut 10 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (12,4 Prozent).

Handel schon in Krisenstimmung

Tab. 8: Umsatzentwicklung

■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	31,7 (39,3)	40,6 (37,1)	22,8 (12,4)
Baugewerbe	33,3 (42,5)	44,4 (42,5)	18,1 (8,2)
Handel	28,9 (38,0)	31,3 (32,1)	35,2 (20,4)
Dienstleistungen	34,7 (42,1)	42,2 (37,6)	19,7 (12,0)
Gesamt	32,1 (40,3)	39,1 (36,6)	24,6 (14,1)

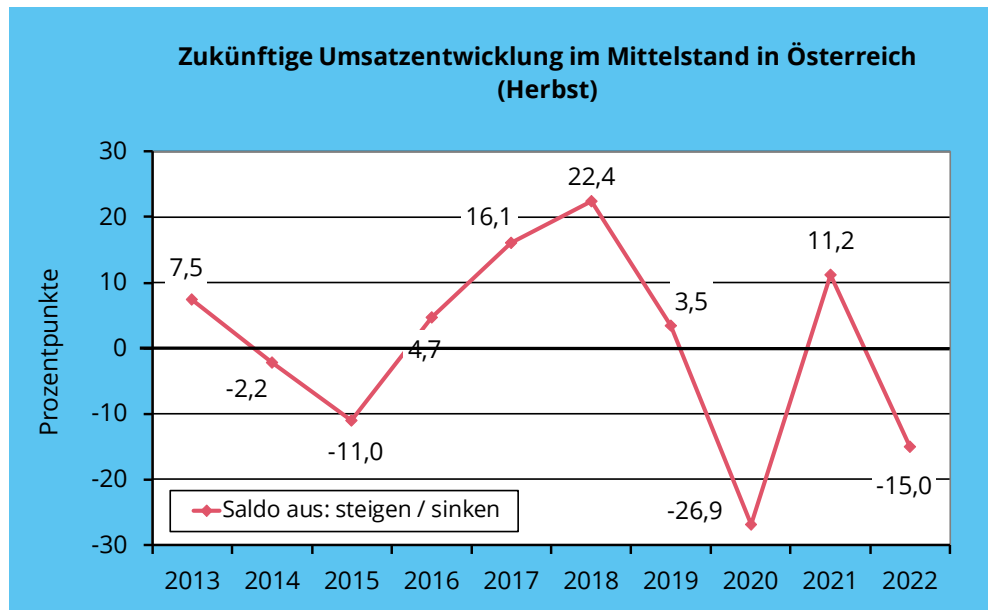
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Umsatzerwartungen im österreichischen Mittelstand sind überwiegend pessimistisch ausgefallen. Lediglich 19,2 Prozent der Befragten rechnen im nächsten Halbjahr mit steigenden Umsätzen (Vorjahr: 26,9 Prozent) und 34,2 Prozent erwarten einen Umsatzrückgang. Vor einem Jahr lag der Anteil der pessimistischen Unternehmen, die Umsatzeinbußen erwarten, erst bei 15,7 Prozent. Dabei dürfte ein steigender Umsatz zum Teil allein auf die gestiegenen Verkaufspreise zurückzuführen sein. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Umsatzerwartungen notiert daraufhin mit minus 15,0 Prozentpunkten so niedrig wie seit der Corona-Krise nicht mehr (Herbst 2020: minus 26,9 Punkte).

Umsatzerwartungen durch Energiekrise belastet

Die getrübten Umsatzerwartungen im Mittelstand spiegeln die derzeit unsichere Konjunkturlage infolge der Energiekrise. Der wirtschaftliche Abschwung

könnte sogar noch stärker ausfallen, sollte sich im Ukraine-Krieg keine Lösung finden. Die Weltmarktpreise für Energieträger dürften dann weiter hoch bleiben und die Kostenseite der hiesigen Unternehmen auch im kommenden Jahr belasten. Pessimistisch äußerte sich beispielsweise das WIFO, das für 2023 mit einem Nullwachstum rechnet.



In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen überwiegen die pessimistischen Stimmen. Im Handel erwarten 41,4 Prozent der Betriebe einen sinkenden Umsatz, im Verarbeitenden Gewerbe sind es 33,7 Prozent. Der Anteil der Pessimisten liegt damit deutlich höher als vor Jahresfrist. Auch im Dienstleistungsgewerbe stieg der Anteil der negativen Umsatzerwartungen deutlich. 30,6 Prozent der Befragten rechnen hier mit Rückgängen – vor einem Jahr waren es nur 9,8 Prozent. Gleichzeitig nahm der Anteil der Optimisten ab, die steigende Umsätze prognostizierten. So rechnen im Baugewerbe nur noch 12,5 Prozent der Unternehmen mit einem Umsatzplus (Vorjahr: 20,5 Prozent). Im Dienstleistungssektor nahm der Anteil der Optimisten binnen eines Jahres von 32,3 auf 22,4 Prozent ab.

Tab. 9: Umsatzerwartungen

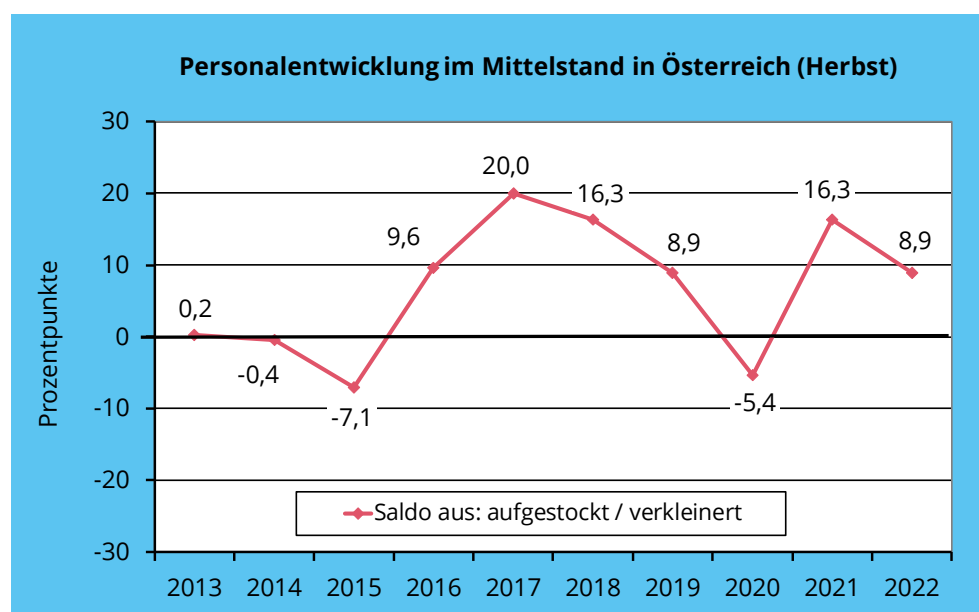
■	steigen	bleiben stabil	sinken
Verarb. Gewerbe	18,8 (27,0)	45,5 (41,6)	33,7 (18,0)
Baugewerbe	12,5 (20,5)	54,2 (50,7)	29,2 (17,8)
Handel	19,5 (24,8)	34,4 (38,0)	41,4 (19,0)
Dienstleistungen	22,4 (32,3)	42,9 (39,1)	30,6 (9,8)
Gesamt	19,2 (26,9)	42,9 (41,2)	34,2 (15,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.4 Personalsituation

Infolge der unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven ist auch die Beschäftigungsnachfrage im Mittelstand erlahmt. Zwar dürften in den mittelständischen Unternehmen per Saldo zuletzt neue Stellen entstanden sein, allerdings zeigten sich die Unternehmen insgesamt zurückhaltender als im Vorjahr. 23,2 Prozent der befragten Unternehmen haben die Mitarbeiterzahl zuletzt aufgestockt, während 14,3 Prozent der Befragten Beschäftigungsrückgänge verzeichnet hatten (Vorjahr: 10,6 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsmeldungen sank damit von plus 16,3 auf plus 8,9 Prozentpunkte.

Nur leichter Personalaufwuchs im Mittelstand



Einstellungsfreudig zeigte sich zuletzt das Dienstleistungsgewerbe. 31,3 Prozent der Unternehmen aus

diesem Wirtschaftsbereich nahmen eine Personalaufstockung vor (Vorjahr: 30,8 Prozent) und 13,6 Prozent der Befragten verkleinerten die Belegschaft. Im Baugewerbe hielten sich Personalaufstockungen und -verkleinerungen die Waage. Der Anteil der Unternehmen, die weniger Personal beschäftigen, hat sich allerdings von 9,6 auf 20,8 Prozent verdoppelt. Der Beschäftigungsaufwuchs im Bausektor ist damit zum Erliegen gekommen. Im Verarbeitenden Gewerbe haben nochmals viele Unternehmen (24,8 Prozent) die Zahl der Mitarbeiter aufgestockt. Allerdings war dieser Anteil im Vorjahr (34,8 Prozent) noch deutlich höher. Der Handel hat insgesamt Stellen gestrichen – jedes sechste Unternehmen (16,4 Prozent) beschäftigt hier weniger Mitarbeiter als vor einem halben Jahr.

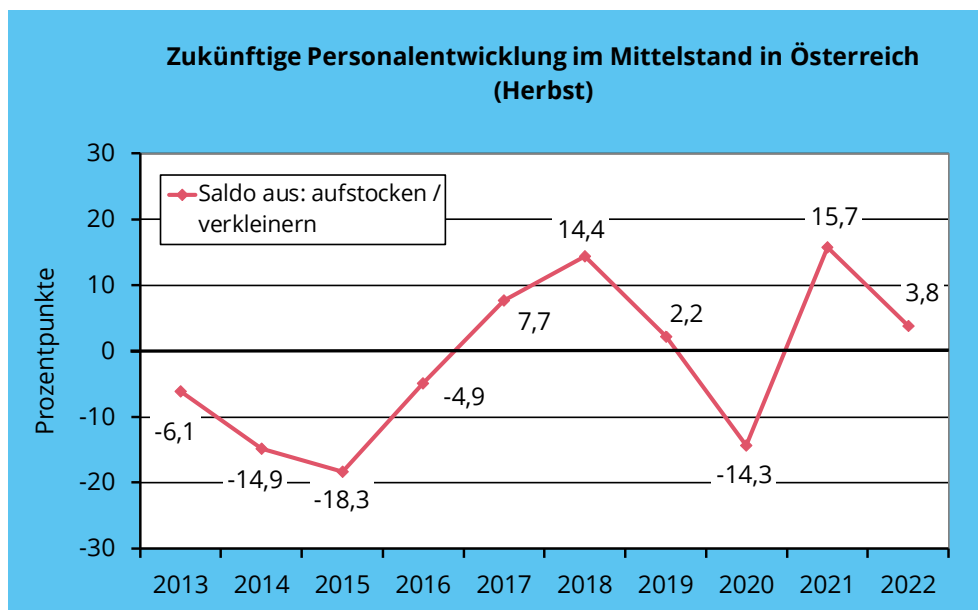
Tab. 10: Personalbestand

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	24,8 (34,8)	63,4 (40,4)	7,9 (12,4)
Baugewerbe	20,8 (24,7)	56,9 (56,2)	20,8 (9,6)
Handel	14,1 (19,0)	67,2 (62,8)	16,4 (9,5)
Dienstleistungen	31,3 (30,8)	53,7 (47,4)	13,6 (11,3)
Gesamt	23,2 (26,9)	60,3 (52,3)	14,3 (10,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Verhaltene Personalplanungen

Die Personalplanungen der mittelständischen Wirtschaft stehen unter dem Eindruck der aktuell schlechter werdenden Konjunkturprognosen. Nur noch 18,8 Prozent der Befragten planen eine Aufstockung der Mitarbeiterzahl. Dieser Wert liegt unter dem Vorjahresstand (22,9 Prozent). Zudem planen 15,0 Prozent der Befragten einen Personalabbau. Das war im Vorjahr nur bei 7,2 Prozent der Befragten der Fall. Der Saldo der Personalplanungen liegt damit weiterhin im positiven Bereich (plus 3,8 Prozentpunkte), allerdings hat sich die Einstellungsbereitschaft im Mittelstand deutlich abgeschwächt.



Tab. 11: Personalentwicklung im nächsten Halbjahr

■	aufstocken	unverändert lassen	verkleinern
Verarb. Gewerbe	20,8 (25,8)	60,4 (52,8)	17,8 (10,1)
Baugewerbe	12,5 (16,4)	68,1 (65,8)	13,9 (6,8)
Handel	14,8 (18,2)	64,1 (54,7)	18,8 (8,0)
Dienstleistungen	23,8 (29,3)	62,6 (51,1)	10,2 (4,5)
Gesamt	18,8 (22,9)	63,4 (55,1)	15,0 (7,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Weiter zunehmen dürfte die Beschäftigung bei den Dienstleistern. Fast ein Viertel der Unternehmen (23,8 Prozent) will im nächsten halben Jahr das Personal aufstocken. Gleichwohl hat jeder zehnte Befragte (10,2 Prozent) eine Verkleinerung des Personalbestandes angekündigt. Leicht steigen könnte der Personalbestand im Verarbeitenden Gewerbe. Die Unternehmen zeigen sich spürbar zurückhaltender als im Vorjahr. 17,8 Prozent der Befragten planen eine Verkleinerung der Belegschaft (Vorjahr: 10,1 Prozent), während 20,8 Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe benötigen hingegen mehr Mitarbeiter.

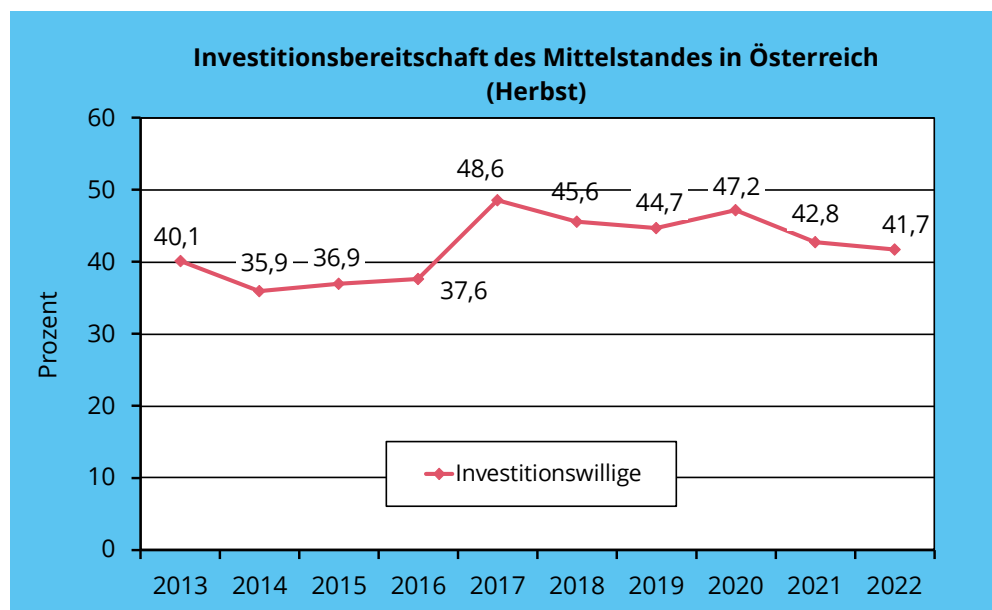
Ein Personalabbau ist dagegen im Handel vorgesehen. 18,8 Prozent der Befragten wollen hier die Mitarbeiterzahl reduzieren (Vorjahr: 8,0 Prozent) und 14,8 Prozent haben eine Aufstockung angekündigt –

im Vorjahr waren es noch 18,2 Prozent. Keine Beschäftigungsimpulse dürfte es im Baugewerbe geben: 13,9 Prozent der Unternehmen planen hier einen Arbeitsplatzabbau, während 12,5 Prozent der Befragten die Zahl der Mitarbeiter erhöhen wollen.

2.5 Investitionen

Die Investitionstätigkeit im Mittelstand nimmt weiter ab. Nachdem der Anteil der investierenden Firmen bereits im Vorjahr zurückgegangen war, hat sich dieser Trend nun fortgesetzt. Dabei dürften die pessimistischen Konjunkturprognosen für das kommende Jahr sowie wieder anziehende Kreditzinsen die Investitionspläne der Unternehmen vermiesen. Der Anteil der Unternehmen, die Investitionen durchführen wollen, ist auf 41,7 Prozent zurückgegangen (Vorjahr: 42,8 Prozent).

Investitionsbedarf schon gedeckt?



Am investitionsfreudigsten zeigt sich das Dienstleistungsgewerbe. Fast jedes zweite Unternehmen (48,3 Prozent) plant hier ein Investitionsvorhaben. Dieser Anteil lag im Vorjahr nur bei 39,1 Prozent. Im Handel ist die Investitionstätigkeit dagegen eingebrochen. Nur noch 29,7 Prozent der Befragten wollen hier Geld für Investitionen ausgeben – im Vorjahr waren es noch 45,3 Prozent. Etwa konstant bleibt die Investitionsbereitschaft im Verarbeitenden Gewerbe. Der An-

teil der investitionsbereiten Unternehmen verringerte sich nur leicht von 47,2 auf 46,5 Prozent. Im Baugewerbe hat die Investitionsbereitschaft hingegen leicht zugelegt (43,1 Prozent; Vorjahr: 39,7 Prozent).

Tab. 12: Investitionsbereitschaft

■	investitionsbereite Unternehmen
Verarb. Gewerbe	46,5 (47,2)
Baugewerbe	43,1 (39,7)
Handel	29,7 (45,3)
Dienstleistungen	48,3 (39,1)
Gesamt	41,7 (42,8)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Stärker als im Vorjahr sind bei den Unternehmen Ersatzinvestitionen vorgesehen (68,3 Prozent der Befragten). Erweiterungsinvestitionen planen hingegen nur noch 46,2 Prozent der Befragten, nachdem es im Vorjahr noch 61,2 Prozent waren. Rationalisierungsinvestitionen stehen bei 42,5 Prozent der Befragten auf der Agenda. Hierbei dürfte es in den nächsten Monaten einen steigenden Bedarf geben (insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe), was möglicherweise Energieeinsparungen betrifft.

Rationalisierungen geplant

Tab. 13: Investitionsarten

■	Erweiterung	Rationalisierung	Ersatz
Verarb. Gewerbe	45,7 (64,3)	69,6 (61,9)	76,1 (66,7)
Baugewerbe	32,3 (48,3)	35,5 (34,5)	74,2 (65,5)
Handel	50,0 (70,5)	36,8 (26,2)	68,4 (55,7)
Dienstleistungen	50,7 (54,9)	31,0 (29,4)	60,6 (70,6)
Gesamt	46,2 (61,2)	42,5 (36,6)	68,3 (63,9)

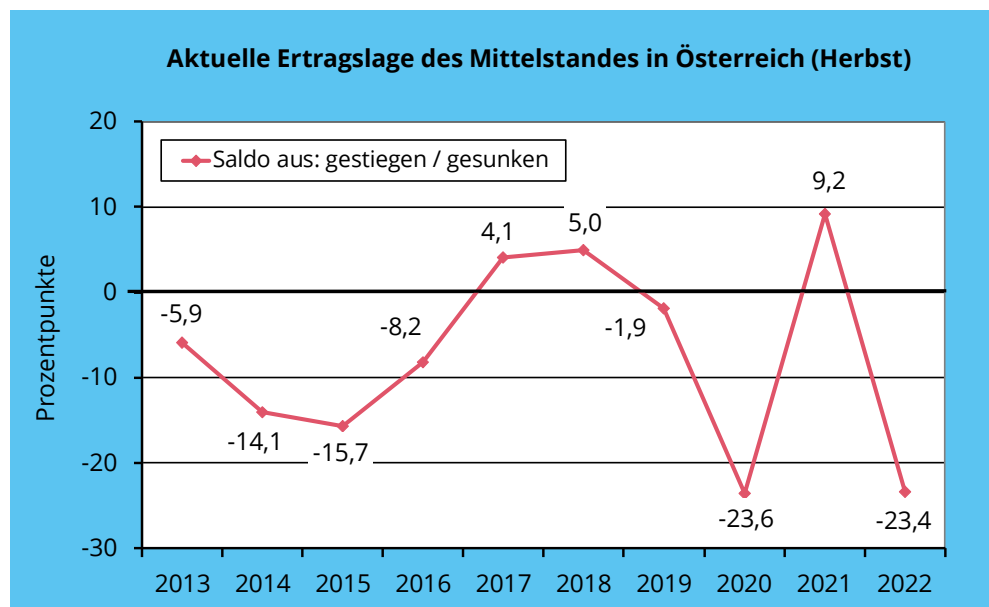
Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich
() = Vorjahresangaben

■ 3 Die Finanzierung des Mittelstandes

3.1 Erträge

Erträge brechen ein

Die Ertragslage im Mittelstand hat sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert. Nach einer kurzzeitigen Erholung im Vorjahr verhegeln nun die steigenden Energiepreise die Ertragsbilanz der kleinen und mittleren Unternehmen. So meldeten nur noch 17,2 Prozent der Befragten einen Anstieg der Erträge. Im Vorjahr war das noch bei 29,6 Prozent der Unternehmen der Fall. 40,6 Prozent der Befragten berichteten von Ertragseinbußen. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr (20,4 Prozent) verdoppelt. Dabei waren die Erträge im Mittelstand schon während der Pandemie stark eingebrochen. Die zwischenzeitliche Erholung dürfte nicht ausgereicht haben, um diese coronabedingten Lücken wieder zu schließen. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Erträgen rutschte nun wieder in den negativen Bereich (minus 23,4 Prozentpunkte) wie zuletzt schon 2020 (minus 23,6 Prozentpunkte).



Alle Wirtschaftsbereiche verzeichneten eine Verschlechterung der Ertragslage. Dramatisch scheint die Situation im Handel zu sein. Mehr als jeder zweite Befragte verzeichnete hier in den zurückliegenden Monaten Einbußen (53,1 Prozent). Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr (22,6 Prozent) massiv erhöht. Deutlich schlechter als vor Jahresfrist wird die

Ertragslage auch im Baugewerbe beschrieben. Der Anteil der Unternehmen mit Ertragsrückgängen schnellte auf 36,1 Prozent hoch (Vorjahr: 13,7 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe waren 41,6 Prozent der Unternehmen von Ertragsrückgängen betroffen (Vorjahr: 29,2 Prozent) – im Dienstleistungsgewerbe 31,3 Prozent (Vorjahr: 15,8 Prozent). Ertragszuwächse verzeichneten allenfalls noch die Dienstleister (24,5 Prozent), was auf das Ende der Corona-Auflagen zurückzuführen sein dürfte.

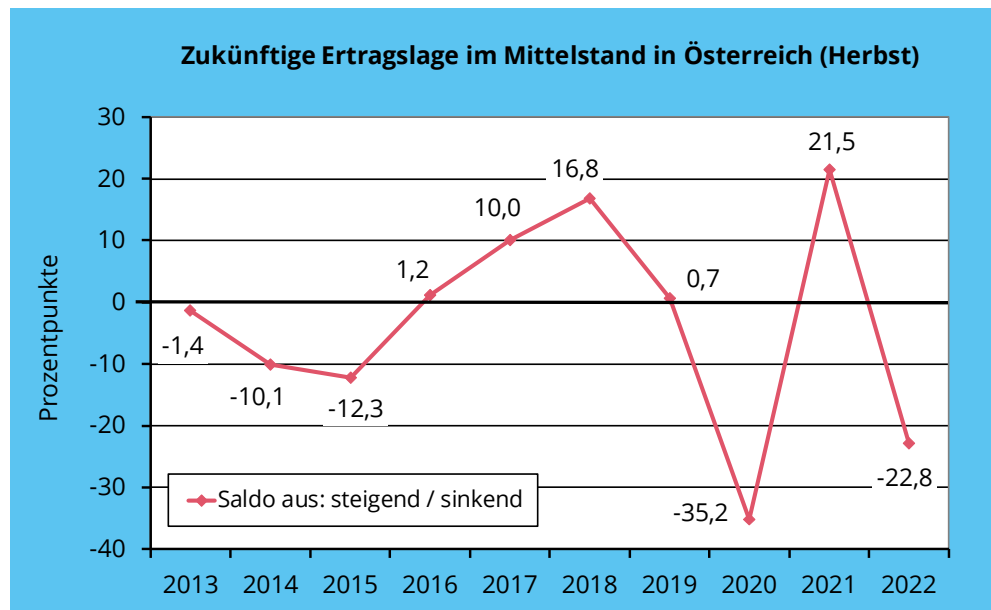
Tab. 14: Ertragslage

■	gestiegen	gleich- geblieben	gesunken
Verarb. Gewerbe	13,9 (28,1)	38,6 (34,8)	41,6 (29,2)
Baugewerbe	13,9 (26,0)	45,8 (53,4)	36,1 (13,7)
Handel	13,3 (29,9)	29,7 (38,7)	53,1 (22,6)
Dienstleistungen	24,5 (32,3)	35,4 (42,1)	31,3 (15,8)
Gesamt	17,2 (29,6)	36,2 (41,4)	40,6 (20,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Mit hoher Wahrscheinlichkeit dürfte sich die Ertragslage im Mittelstand in den nächsten Monaten weiter verschlechtern. Darauf deuten jedenfalls die Ertragserwartungen der Unternehmen hin. Negativ dürften sich die steigenden Kostenbelastungen bei der Energie auswirken sowie auch eine abnehmende Konsumnachfrage. So rechnen auch nur 18,5 Prozent der Befragten mit Gewinnsteigerungen. Im Vorjahr zeigten sich noch 36,1 Prozent der befragten Unternehmen optimistisch. Ertragsrückgänge erwarten 41,3 Prozent der Befragten (Vorjahr: 14,6 Prozent). Der Erwartungssaldo rauschte daraufhin unter die Nulllinie (minus 22,8 Prozentpunkte), erreichte aber nicht wieder das Niveau des Corona-Jahres 2020 (minus 35,2 Prozentpunkte).

Kaum Ertragszuwächse zu erwarten



Tab. 15: Voraussichtliche Erträge

	steigend	gleichbleibend	sinkend
Verarb. Gewerbe	16,8 (37,1)	30,7 (33,7)	47,5 (15,7)
Baugewerbe	9,7 (28,8)	45,8 (49,3)	36,1 (12,3)
Handel	13,3 (30,7)	32,8 (32,8)	51,6 (16,8)
Dienstleistungen	28,6 (45,1)	36,7 (26,3)	30,6 (12,8)
Gesamt	18,5 (36,1)	35,7 (33,8)	41,3 (14,6)

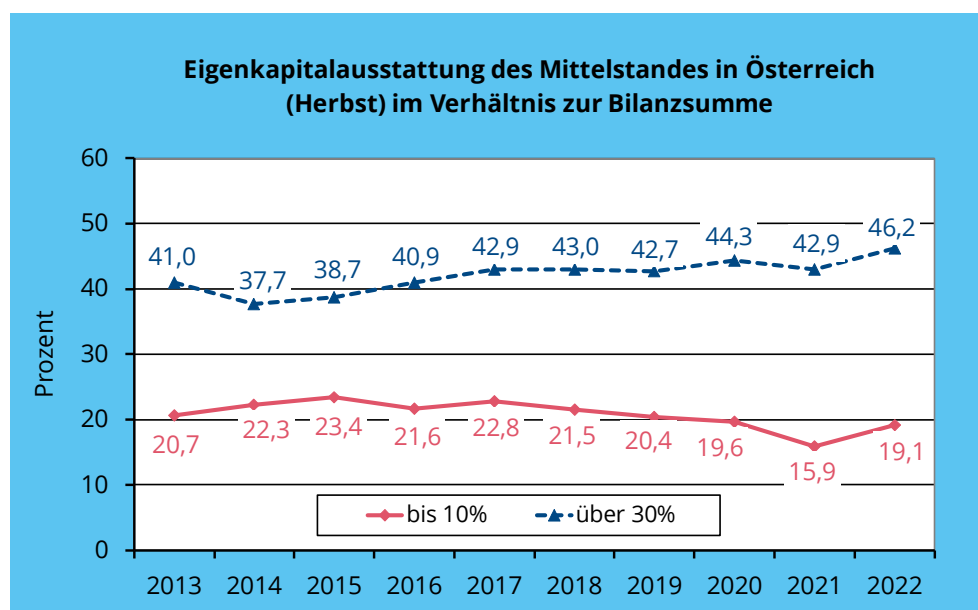
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Pessimistisch sind die Ertragswartungen vor allem im Handel. 51,6 Prozent der Unternehmen rechnen hier mit sinkenden Erträgen. Im Vorjahr äußerten sich nur 16,8 Prozent der Händler so pessimistisch. Das Verarbeitende Gewerbe befürchtet eine deutliche Verschlechterung der Ertragslage in den kommenden Monaten. Fast jeder zweite Befragte (47,5 Prozent) erwartet hier Einbußen, nachdem das im Vorjahr nur bei 15,7 Prozent der Unternehmen der Fall war. Auch im Dienstleistungsgewerbe sowie im Baugewerbe stieg der Anteil der Unternehmen, die Ertragseinbußen befürchten, massiv an. Ertragssteigerungen könnten vermehrt noch im Dienstleistungsgewerbe vorkommen, wo 28,6 Prozent der Befragten dieser Einschätzung waren.

3.2 Eigenkapitalsituation

Bei einem Teil des Mittelstandes hat die zunehmende Krisenlage bereits Einschnitte beim Eigenkapital verursacht. Der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unter 10 Prozent liegt, hat sich auf 19,1 Prozent erhöht (Vorjahr: 15,9 Prozent). Solide finanziert zeigten sich 46,2 Prozent der befragten Unternehmen. Deren Eigenkapitalquote liegt bei über 30 Prozent. Dieser Anteil erreichte damit ein Zehnjahreshoch.

Eigenkapital: Schwache werden noch schwächer



Am höchsten ist der Anteil der unzureichend kapitalisierten Unternehmen mit 27,5 Prozent im Baugewerbe. Im Vergleich zum Vorjahr (22,4 Prozent) erhöhte sich dieser Anteil spürbar. Auch im Verarbeitenden Gewerbe wiesen diesmal deutlich mehr Firmen eine geringe Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent auf. Betroffen waren diesmal 19,8 Prozent der Unternehmen und damit jeder Fünfte – im Vorjahr waren es nur 4,1 Prozent. Auch im Handel stieg der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen. Lediglich im Dienstleistungssektor nahm dieser Anteil ab (von 23,7 auf 16,8 Prozent). Gleichzeitig wiesen deutlich mehr Dienstleister als im Vorjahr eine solide Eigenkapitalausstattung auf (Eigenkapitalquote über 30 Prozent: 46,2 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel hat sich dieser Anteil indes verringert.

Tab. 16: Höhe des Eigenkapitals

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	19,8 (4,1)	13,5 (20,5)	16,7 (21,9)	50,0 (53,4)
Baugewerbe	27,5 (22,4)	17,4 (16,4)	13,0 (19,4)	42,0 (41,8)
Handel	16,5 (12,0)	12,6 (17,9)	25,2 (18,8)	45,7 (51,3)
Dienstleist.	16,8 (23,7)	21,0 (24,6)	16,1 (23,7)	46,2 (28,1)
Gesamt	19,1 (15,9)	16,3 (20,2)	18,4 (21,0)	46,2 (42,9)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Eigenkapital: Corona ist noch nicht vorbei

Mittlerweile hat die Energiepreiskrise die Corona-Krise abgelöst. Dennoch waren die Einschnitte der Corona-Zeit auf die Geschäftsentwicklung im Mittelstand teils erheblich. Besonders die Unternehmensfinanzierung hat gelitten, da Umsätze ausfielen, die Kosten aber weiterhin Bestand hatten. Die Eigenkapitalquoten im Mittelstand waren dadurch einem Stresstest unterzogen. 22,0 Prozent der Befragten hatten angegeben, dass sich ihr Eigenkapital coronabedingt reduziert habe. Besonders betroffen war das Verarbeitende Gewerbe (25,8 Prozent). Die Folgen der Corona-Einschränkungen spüren viele Unternehmen damit weiterhin. 18,3 Prozent der Befragten verbuchten in den letzten Monaten aber wieder einen Anstieg der Eigenkapitalquote.

Tab. 17: Coronabedingte Veränderung des Eigenkapitals

■	erhöht	unverändert	reduziert
Verarb. Gewerbe	19,1 (14,5)	55,1 (65,1)	25,8 (20,5)
Baugewerbe	18,5 (22,0)	64,6 (60,0)	16,9 (18,0)
Handel	18,3 (17,0)	60,8 (61,7)	20,8 (21,3)
Dienstleistungen	17,7 (17,4)	59,2 (58,3)	23,1 (24,3)
Gesamt	18,3 (17,3)	59,7 (61,1)	22,0 (21,6)

Angaben in % der Befragten, () = Frühjahr 2022

Nur wenige Unternehmen (6,7 Prozent) sehen sich beim Thema Eigenkapital ungenügend oder mangelhaft aufgestellt (Frühjahr: 7,2 Prozent). Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen (63,0 Prozent) ist aktuell sehr gut oder zumindest gut aufgestellt (Frühjahr 2022: 63,9 Prozent).

3.3 Insolvenzen im Mittelstand

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat sich in den ersten drei Quartalen 2022 verdoppelt. Ausgelöst wurde dieser Anstieg von den Nachwirkungen der Corona-Krise, die die Finanzlage vieler kleiner und mittlerer Unternehmen geschwächt hat. Zudem war die Aussagekraft der letztjährigen Insolvenzzahlen durch die Vielzahl von Maßnahmen zur Stützung notleidender Unternehmen und rechtlicher Änderungen eingeschränkt. Insolvenzen sind in der Regel ein „nachlaufender“ Indikator. So mussten zwischen Jänner bis September 2022 insgesamt 3.710 Unternehmen Insolvenz anmelden. In Vergleichszeitraum 2021 waren es 1.861 Fälle (plus 99,4 Prozent).

Insolvenzzahlen verdoppelt

Am stärksten erhöht haben sich die Insolvenzen bei den „sonstigen“ Branchen (plus 185,4 Prozent), gefolgt vom Handel (plus 113,4 Prozent) und den unternehmensnahen Dienstleistungen (plus 105,1 Prozent). Das Beherbergungs- und Gaststättenwesen verzeichnete einen Anstieg um 91,1 Prozent.

Tab. 18: Insolvenzen nach Branchen 1. bis 3. Quartal 2022

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Sachgütererzeugung	140 (87)	+ 60,9
Bauwesen	597 (398)	+ 50,0
Handel	670 (314)	+ 113,4
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	428 (224)	+ 91,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	443 (233)	+ 90,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	84 (44)	+ 90,9
unternehmensbezogene Dienstleistungen	646 (315)	+ 105,1
Sonstige	702 (246)	+ 185,4
Gesamt	3.710 (1.861)	+ 99,4

() = 1.-3. Quartal 2021

**Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen nach Bundesländern
1. bis 3. Quartal 2022**

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Wien	1.371 (764)	+ 79,5
Niederösterreich	741 (309)	+ 139,8
Burgenland	110 (73)	+ 50,7
Steiermark	390 (236)	+ 65,3
Kärnten	163 (85)	+ 91,8
Oberösterreich	399 (148)	+ 169,6
Salzburg	208 (90)	+ 131,1
Tirol	250 (123)	+ 103,3
Vorarlberg	78 (33)	+ 136,4

() = 1.-3. Quartal 2021

Das steigende Insolvenzgeschehen erfasste alle Bundesländer. Überdurchschnittlich stiegen die Unternehmensinsolvenzen zuletzt vor allem in Oberösterreich (plus 169,6 Prozent) sowie in Niederösterreich (plus 139,8 Prozent) und in Vorarlberg (plus 136,4 Prozent).

Auch die mittelständischen Unternehmen waren in den letzten Monaten im zunehmenden Maße als Gläubiger von Insolvenzen betroffen. Ein Drittel der Unternehmen (31,6 Prozent; Vorjahr: 30,9 Prozent) musste erleben, dass Geschäftspartner Insolvenz angemeldet haben – mit den entsprechenden Folgen wie Forderungsausfälle oder Lieferverzögerungen.

Tab. 20: Insolvenz betroffenheit als Gläubiger

■	von keiner	von einer	von zwei	von drei	von mehr als drei
Gesamt	68,4 (69,2)	18,1 (16,1)	7,0 (8,2)	2,8 (2,2)	3,7 (4,4)

Angaben in % der Befragten, () Vorjahresangaben

3.4 Zahlungsweise der Kunden

Zahlungsmoral stabil

Die Zahlungsweise der Kunden zeigt nach Ansicht der mittelständischen Wirtschaft bisher keine Verschlechterung. Die überwiegende Zahl der Befragten meldete einen Zahlungseingang innerhalb von 30 Ta-

gen (77,9 Prozent). Vor einem Jahr hatten 75,1 Prozent der Befragten das Geld für eine erbrachte Leistung innerhalb von drei Monaten erhalten. Von längeren Forderungslaufzeiten von über 90 Tagen waren nur wenige Mittelständler betroffen (1,8 Prozent).

Tab. 21: Zahlungseingang aller Kunden

■	bis 30 Tage	bis 60 Tage	bis 90 Tage	über 90 Tage
Verarb. Gew.	77,9 (65,9)	15,6 (22,2)	5,4 (9,6)	1,2 (2,2)
Baugewerbe	74,8 (71,2)	13,7 (21,6)	9,2 (4,8)	2,3 (2,4)
Handel	77,4 (80,4)	16,1 (14,8)	4,6 (4,8)	1,8 (0,0)
Dienstleist.	80,1 (77,6)	13,1 (12,2)	4,8 (6,8)	2,0 (3,4)
Gesamt	77,9 (75,1)	14,6 (16,7)	5,6 (6,4)	1,8 (1,9)

Angaben in % der Befragten, () Vorjahresangaben

Eine Verschlechterung der Zahlungsmoral musste allerdings der Handel erfahren. Nur noch 77,4 Prozent der Unternehmen konnten einen Zahlungseingang innerhalb von 30 Tagen melden (Vorjahr: 80,4 Prozent). Im Baugewerbe nahm der Anteil der Unternehmen, die höchstens 30 Tage auf den Rechnungseingang warten mussten, dagegen auf 74,8 Prozent zu (Vorjahr: 71,2 Prozent).

Größere Forderungsverluste von mehr als 1,0 Prozent des Gesamtumsatzes gab es im Mittelstand bisher selten. 5,8 Prozent der Befragten waren diesbezüglich betroffen – vor einem Jahr waren es noch 8,3 Prozent. Fast jeder vierte Befragte (23,0 Prozent; Vorjahr: 21,3 Prozent) blieb von Forderungsausfällen gänzlich verschont. Allerdings meldeten viele Unternehmen (37,7 Prozent) kleinere Ausfälle. Davon waren mehr Unternehmen betroffen als im Vorjahr (28,2 Prozent). Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistern nahm dieser Anteil zu.

Anstieg bei kleinen Ausfällen zu verzeichnen

Tab. 22: Höhe der durchschnittlichen Forderungsverluste im Verhältnis zum Umsatz

■	keine Forderungsverluste	bis 0,1%	bis 0,5%	bis 1,0%	über 1,0%
Verarb. Gewerbe	21,8 (32,6)	41,6 (25,8)	17,8 (9,0)	5,9 (10,1)	7,9 (7,9)
Baugewerbe	20,8 (15,1)	34,7 (35,6)	19,4 (24,7)	15,3 (8,2)	5,6 (6,8)
Handel	21,9 (17,5)	38,3 (30,7)	15,6 (16,1)	14,8 (7,3)	3,9 (4,4)
Dienstleist.	25,9 (21,1)	36,1 (23,3)	12,2 (11,3)	8,8 (12,8)	6,1 (13,5)
Gesamt	23,0 (21,3)	37,7 (28,2)	15,6 (14,6)	10,9 (9,7)	5,8 (8,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

■ 4 **Wirtschaftspolitischer Fokus: Kreditentwicklungen und Finanzierungsbedingungen**

Unternehmensfinanzierung wird schwieriger

Aufgrund der hohen Inflation musste auch die Europäische Zentralbank (EZB) reagieren und hat die Leitzinsen kürzlich angehoben. Dieser Prozess führt entsprechend auf dem Kapitalmarkt zu höheren Kreditkosten für die Unternehmen. Auch dürften die unsicheren Wirtschaftsaussichten höhere Risikoaufschläge nach sich ziehen. So haben sich die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand in den zurückliegenden Wochen tendenziell verschlechtert und stellen somit eine weitere Belastung für die Unternehmen dar. Mehr als jeder Zweite (55,8 Prozent) berichtete von Verschärfungen der Finanzierungsbedingungen. Im Vorjahr hatten 31,3 Prozent der Unternehmen eine Verschärfung festgestellt. Lockerungen bei den Finanzierungsbedingungen haben die mittelständischen Unternehmen kaum wahrgenommen (0,9 Prozent). Überdurchschnittlich betroffen von höheren Kredithürden war das Dienstleistungsgewerbe (61,9 Prozent der Befragten), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (57,4 Prozent).

Tab. 23: Veränderung der Finanzierungsbedingungen

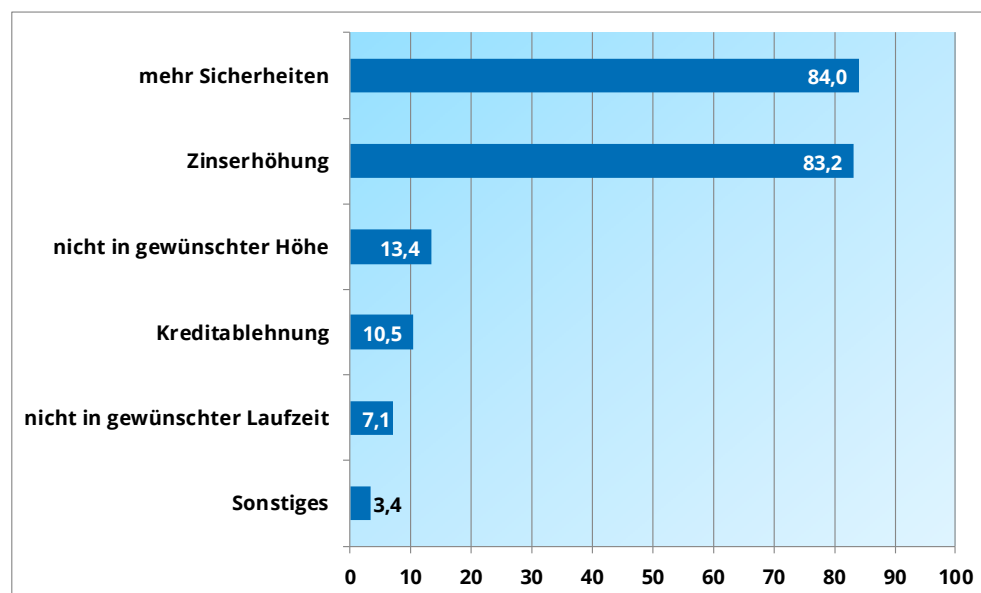
■	gelockert	unverändert	verschärft
Verarb. Gewerbe	1,0 (3,4)	21,8 (38,2)	57,4 (32,6)
Baugewerbe	0,0 (11,0)	31,9 (34,2)	48,6 (30,1)
Handel	0,8 (6,6)	32,0 (33,6)	51,6 (27,7)
Dienstleistungen	1,4 (4,5)	21,8 (25,6)	61,9 (34,6)
Gesamt	0,9 (6,0)	26,3 (32,2)	55,8 (31,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Zinswende schlägt sich bereits in den Bankkonditionen nieder. 83,2 Prozent der Befragten berichteten, dass sie höhere Zinsen zahlen müssen. Als Belastung empfinden die befragten Unternehmen zudem die gestiegenen Anforderungen der Institute an die Sicherheiten (84,0 Prozent). Eine Ablehnung des Kreditantrags war aber nur für 10,5 Prozent der Befragten eine missliche Erfahrung gewesen.

Die Zinswende ist da!

Veränderungen der Kreditkonditionen

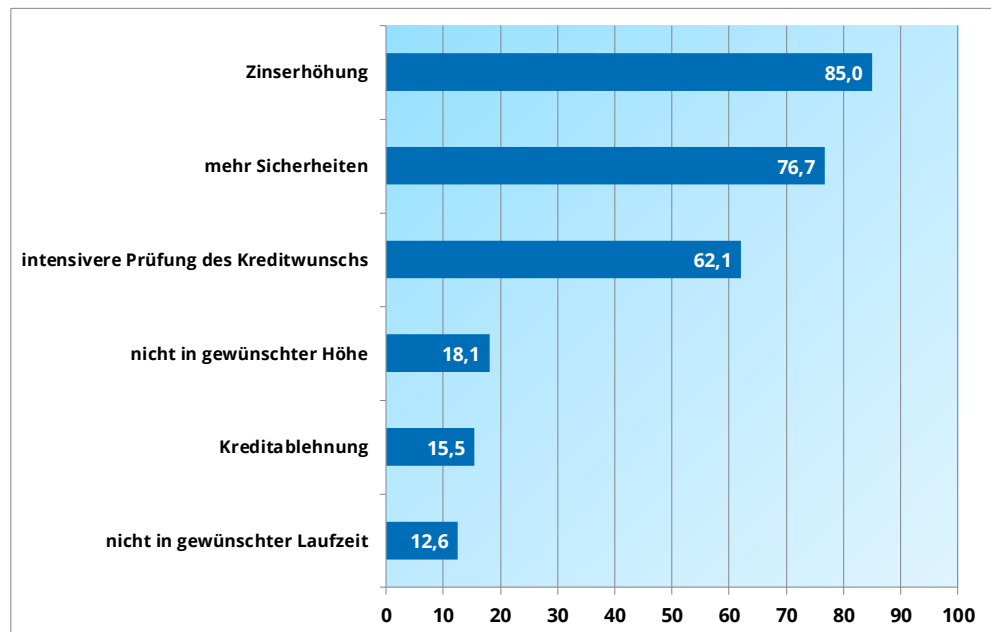


Angaben in % der Befragten, die verschärfte Finanzierungsbedingungen sehen; Mehrfachnennungen möglich

In den kommenden Monaten dürften sich die Finanzierungsbedingungen weiter verschlechtern. Die mittelständischen Unternehmen befürchten steigende Darlehenszinsen (85,0 Prozent) sowie höhere Ansprüche der Banken an die zu stellenden Sicherheiten (76,7 Prozent). Der Unternehmen rechnen zudem

mit schwierigeren Kreditverhandlungen und einer intensiveren Prüfung der Anträge (62,1 Prozent). Fast jeder Sechste (15,5 Prozent) befürchtet, gar keinen Kredit mehr zu bekommen (Vorjahr: 13,0 Prozent). Die Befürchtungen haben sich damit zuletzt erhöht.

Erwartete Veränderungen bei der künftigen Kreditaufnahme



Angaben in % der Befragten; Mehrfachnennungen möglich

Bankkredite sind ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensfinanzierung im Mittelstand. Fast jeder fünfte Befragte (19,4 Prozent) hat im Verlauf der letzten sechs Monate einen Kredit beantragt. Hauptgrund für die Nachfrage nach einem Bankkredit ist die Finanzierung von Investitionen (67,5 Prozent) – an zweiter Stelle folgt die Finanzierung von Betriebsmitteln (22,9 Prozent). Mittelfristige Kredite, vor allem aber langfristige Darlehen mit einer Laufzeit von über fünf Jahren stehen entsprechend im Mittelpunkt. Dabei waren langfristige Kredite in diesem Jahr gefragter als im Vorjahr.

■ 5 Zusammenfassung

Der österreichischen Wirtschaft droht nach einem positiven 1. Halbjahr 2022 eine merkliche Konjunkturabschwächung. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich infolge der Energiepreisexplosion deutlich verschlechtert. Die Kostenbelastungen für die Unternehmen sind erheblich gestiegen, auch der private Konsum dürfte angesichts von Inflationsraten von rund 10 Prozent deutlich verhaltener ausfallen.

Das Geschäftsklima der mittelständischen Unternehmen hat sich bereits spürbar eingetrübt. Die befragten Unternehmen beurteilten die Geschäftslage deutlich verhaltener als vor Jahresfrist. Das Creditreform Klimabarometer für die mittelständische Wirtschaft rutschte von plus 20,8 auf plus 7,4 Punkte und bleibt damit deutlich unter dem Vorjahreswert.

Stark eingebrochen sind vor allem die Geschäftserwartungen. So schätzen die Unternehmen die weitere Auftrags- und Umsatzentwicklung negativer ein als noch im Vorjahr. Lediglich 11,4 Prozent der Befragten rechnen mit steigenden Auftragseingängen (Vorjahr: 18,8 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die Auftragseinbußen befürchten, ist von 18,3 auf 40,4 Prozent hochgeschwungen. Auch bei den Umsatzerwartungen überwiegt der Anteil der Pessimisten. Lediglich 19,2 Prozent der Befragten erwarten steigende Umsätze (Vorjahr: 26,9 Prozent) und gut jeder dritte Befragte (34,2 Prozent) geht von einem Umsatzrückgang aus. Vor einem Jahr lag der Anteil der Unternehmen, die Umsatzeinbußen erwarteten, erst bei 15,7 Prozent. Die vorherrschende Skepsis im Mittelstand lässt eine Fortsetzung der guten Wirtschaftsentwicklung des ersten Halbjahres illusorisch erscheinen.

Neben den schwachen Konjunkturprognosen belastet auch die Zinswende die Investitionstätigkeit im Mittelstand. Nur noch 41,7 Prozent der Befragten wollen in den kommenden Monaten investieren. Be-

reits im Vorjahr (2021) war dieser Anteil auf 42,8 Prozent zurückgegangen (2020: 47,2 Prozent). Stärker als im Vorjahr haben die investierenden Unternehmen Rationalisierungsinvestitionen auf der Agenda (42,5 Prozent; Vorjahr: 36,6 Prozent). Erweiterungsinvestitionen sind deutlich seltener geplant als im Vorjahr (46,2 Prozent; Vorjahr: 61,2 Prozent).

Auch die Personalplanungen im Mittelstand stehen unter dem Eindruck der schlechter werdenden Konjunkturaussichten. Nur noch 18,8 Prozent der Befragten planen im nächsten halben Jahr eine Aufstockung der Mitarbeiterzahl. Dieser Wert liegt unter dem Vorjahresstand (22,9 Prozent). Zudem planen 15,0 Prozent der Befragten einen Personalabbau (Vorjahr: 7,2 Prozent). Deutliche Einschnitte wird es wohl im Handel geben.

Die aktuelle Energiekrise kommt für viele Unternehmen, die noch unter den Folgen der Corona-Einschränkungen zu leiden hatten, zu früh. Gleichwohl hatten sich die Geschäfte vieler Unternehmen im zurückliegenden Sommerhalbjahr belebt. Die Umsatzentwicklung zeigte teils nach oben. Von 32,1 Prozent der Befragten wurden Umsatzsteigerungen gemeldet. Der hohe Wert aus dem Vorjahr (40,3 Prozent) wurde freilich nicht wieder erreicht. Jeder Vierte (24,6 Prozent) klagte bereits über Umsatzeinbußen. Gegenüber dem Herbst 2021 (14,1 Prozent) stieg dieser Wert um rund 10 Prozentpunkte.

Infolge der unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven ist auch die Beschäftigungsnachfrage im Mittelstand erlahmt. Die Unternehmen zeigten sich zurückhaltender als im Vorjahr. 23,2 Prozent der Befragten haben die Mitarbeiterzahl zuletzt aufgestockt und 14,3 Prozent hatten Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen.

Die massiv gestiegenen Beschaffungspreise haben die mittelständischen Unternehmen zu Preiserhöhungen veranlasst. Zwei Drittel der Befragten (67,9 Prozent) haben zuletzt die Angebotspreise erhöht. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 47,2

Prozent. Damit hat sich die Dynamik der Inflation zuletzt weiter verstärkt.

Nach einer kurzzeitigen Erholung verhaseln nun die steigenden Energiepreise die Ertragsbilanz der mittelständischen Unternehmen. Nur noch 17,2 Prozent der Befragten meldeten einen Anstieg der Erträge (Vorjahr: 29,6 Prozent). Vier von zehn Unternehmen (40,6 Prozent) berichteten von Ertragseinbußen. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr (20,4 Prozent) verdoppelt. Und die Ertragslage im Mittelstand dürfte sich in den nächsten Monaten weiter verschlechtern. Negativ werden sich die steigenden Kostenbelastungen bei Energie auswirken.

Gleichzeitig haben sich auch die Finanzierungsbedingungen in den zurückliegenden Monaten verschlechtert. Mehrheitlich berichteten die Unternehmen von einer Verschärfung (55,8 Prozent). Als Belastung empfinden sie stärker als im Vorjahr die Zinserhöhungen (83,2 Prozent). Eine Finanzierungshürde sind auch die gestiegenen Anforderungen der Geldinstitute an die Sicherheiten (84,0 Prozent). Die mittelständischen Unternehmen rechnen mit weiteren Verschärfungen bei den Finanzierungsbedingungen in den nächsten Monaten. Vor allem die steigenden Kreditzinsen machen den Unternehmen Sorgen. Fast jeder Sechste (15,5 Prozent) befürchtet, gar keinen Kredit mehr zu bekommen. Unter dem Eindruck wieder steigender Zinsen hatten zahlreiche Unternehmen in den zurückliegenden Monaten noch einmal ein langfristiges Darlehen aufgenommen – vorrangig zur Investitionsfinanzierung (67,5 Prozent).

Eine zunehmende Zahl an Unternehmen meldete kleinere Forderungsausfälle von bis zu 0,1 Prozent des Umsatzes (37,7 Prozent). Insgesamt zeigte sich die Zahlungsmoral der Kunden aber nochmals stabil.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag im Zeitraum Jänner bis September 2022 deutlich über dem Vorjahreswert. Insgesamt wurden 3.710 Unternehmensinsolvenzen registriert. Damit hat sich der Wert

fast verdoppelt (plus 99,4 Prozent). Einen überdurchschnittlich starken Anstieg der Fallzahlen verzeichnete beispielsweise der Handel (plus 113,4 Prozent).

Die Eigenkapitalquoten im Mittelstand waren bedingt durch die Corona-Pandemie einem Stresstest unterzogen. Der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unter 10 Prozent liegt, hat sich folglich auf 19,1 Prozent erhöht (Vorjahr: 15,9 Prozent). Besonders im Verarbeitenden Gewerbe ist dieser Anteil hochgeschwungen (19,8 Prozent; Vorjahr: 4,1 Prozent). Die Eigenkapitalbasis im Mittelstand dürfte wohl weiter erodieren. Hintergrund sind die pessimistischen Wirtschaftsaussichten und die verschlechterte Ertragslage. Der kurze Aufschwung nach der Corona-Krise dürfte nicht ausgereicht haben, um bei betroffenen Unternehmen die Eigenkapitalquote zu stabilisieren und die coronabedingten Einschnitte wieder wettzumachen. Gleichzeitig gelten aber 46,2 Prozent der befragten Mittelständler als eigenkapitalstark. Das Eigenkapital liegt bei diesen Unternehmen bei über 30 Prozent. Aktuell erreicht dieser Anteil ein Zehnjahreshoch.

■ 6 Basis der Untersuchung

Unter kleinen und mittleren Betrieben sind Unternehmen in einer Größenklasse mit bis zu 500 Beschäftigten zu verstehen. Dabei liegen die durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen im industriellen Bereich höher als bei Dienstleistern und Handel. Entscheidend für die Definition eines Betriebes als mittelständisch ist jedoch die Personalunion von Geschäftsführer und Inhaber.

Im Sinne der vorgenannten Begriffsbestimmung wurden Unternehmen in Österreichs Mittelstand befragt. Die Stichprobenergebnisse wurden gemäß Wirtschaftsstruktur der OECD hochgerechnet. Die Rücksendefrist der Fragebögen endete im Oktober 2022. Die weiteren Strukturmerkmale der befragten Betriebe ergeben sich aus den folgenden Aufschlüsselungen.

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung/-verarbeitung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Spedition, Lagerei
- Gebäudereinigung
- Abfall- und Abwasserbeseitigung
- Technische Beratung und Planung
- Datenverarbeitung
- Beherbergungsgewerbe
- Gaststättengewerbe
- Finanzdienstleister
- sonstige Unternehmen und freie Berufe

Tab. 24: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	10,2
	OG	1,4
	KG	3,2
	GmbH	72,9
	GmbH & Co. KG	9,0
	AG	1,4
	Sonstige	2,0

Angaben in % der Befragten

Tab. 25: Anzahl der Beschäftigten

■	1 – 5	5,6
	6 – 10	15,0
	11 – 20	27,2
	21 – 50	31,9
	51 – 100	9,4
	101 – 250	7,6
	251 – 500	2,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Tab. 26: Sitz des Unternehmens

■	Wien	13,8
	Niederösterreich	22,1
	Burgenland	1,8
	Oberösterreich	17,0
	Steiermark	10,0
	Kärnten	5,4
	Salzburg	10,7
	Tirol	13,2
	Vorarlberg	6,0

Angaben in % der Befragten

Durchgeführt von:

Creditreform Wirtschaftsauskunftei
Kubicki KG
Muthgasse 36-40 / Bauteil 4
A – 1190 Wien
E-Mail: g.weinhofer@wien.creditreform.at

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D – 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon: 0049 / 2131 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2022, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Wien, 02. November 2022